

Pressemitteilung

Datum	Hamburg/München, 8. März 2010
Betreff	Aktuelle Studie der BDO Deutsche Warentreuhand AG

Finanzkrise: Langsam bessere Aussichten für bayerische Unternehmen

Unternehmen in Bayern immer noch von der Krise beeinträchtigt / Angespante Finanzierungslage / 52 Prozent der Unternehmen rechnen mit leichtem Umsatzzuwachs in den nächsten sechs Monaten

Hamburg/München, 8. März 2010 - Bayerische Unternehmen aus allen Branchen bekommen nach wie vor die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise zu spüren. Nahezu ein Drittel der Unternehmen konnte jedoch in den letzten sechs Monaten eine zumindest moderate Verbesserung der Auftragslage verzeichnen. Der Zukunft blicken die Unternehmen wieder optimistischer entgegen und erwarten eine Belebung der Nachfrage. Für die nächsten sechs Monate erwartet inzwischen zumindest wieder jedes zweite Unternehmen (52 Prozent) einen Umsatzzuwachs. Dies zeigt eine aktuelle Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO, an der mehr als 100 Unternehmen verschiedener Branchen und Größenordnung aus ganz Bayern teilnahmen.

Unternehmen versuchen trotz verbesserter Auftragslage weiter Kosten zu reduzieren

Die befragten bayerischen Unternehmer schätzen ihre Lage aktuell wesentlich besser ein, als noch Ende des ersten Halbjahres 2009. Nachdem im Mai 2009 noch fast 15 Prozent der Unternehmen ihre Lage als sehr schlecht bezeichneten, trifft diese Aussage aktuell nur noch auf ein Prozent der Unternehmen zu. Ein Fünftel der Unternehmen sieht die Auftragslage nunmehr sogar als gut oder sehr gut. Nach langen Monaten des Auftrags- und Umsatzrückgangs können Unternehmer in Bayern ihre Auftragsbücher endlich wieder etwas füllen“, so Wolfram Bartuschka, BDO-Partner und Leiter Unternehmensbereich Wirtschaftsprüfung Region Bayern. „Der größte Teil der Unternehmen erwartet, dass die Konjunktur im Jahr 2010 auch wieder zu steigenden Umsätzen führt.“ Trotz dieser leicht verbesserten Aussichten suchen Unternehmen immer noch nach Möglichkeiten zu Reduzierung ihrer Kosten. Insbesondere Maßnahmen zur Senkung der Personalkosten stehen dabei im Fokus: Mehr als ein Viertel (26 Prozent) der befragten Unternehmen hat in den letzten sechs Monaten Einsparungen im Bereich Personal vorgenommen. 13 Prozent planen auch

aktuell den Abbau von Arbeitsplätzen. Ein Grund hierfür: Die angespannte Finanzierungssituation der bayerischen Unternehmen bleibt vorerst bestehen. Mehr als die Hälfte der Befragten (53 Prozent) plant derzeit keine Aufnahme weiterer Bankkredite für den laufenden Geschäftsbetrieb oder für Investitionen. Während jedoch Politik und Medien der „Kreditklemme“ der Banken wesentliche Mitschuld für den nur langsamen Konjunkturaufschwung geben, sehen auf Seiten der Unternehmer nur 19 Prozent die Ursache in der Kreditvergabepraxis der Banken. Vielmehr werden gegenwärtig vor allem andere Finanzierungsquellen genutzt.

Staatliche Investitionsprogramme werden grundsätzlich befürwortet, Bankenrettungspakete abgelehnt

Eine deutliche Mehrzahl der befragten bayerischen Unternehmen hält staatliche Investitionsprogramme grundsätzlich für sinnvoll (81 Prozent). Weitere zwei Prozent halten staatliche Investitionsprogramme nur dann für sinnvoll, wenn sie in bestimmte Branchen fließen. Auf die Frage, in welche Bereiche staatliche Investitionsmittel vor allem gelenkt werden sollten, antwortete nahezu die Hälfte der Unternehmen mit Bildung und Forschung. Daneben wird der weitere Ausbau der Infrastruktur als vordringlich angesehen. Äußerst kritisch beurteilen die Unternehmen die Maßnahmen des Bundes und der Länder zur Stützung angeschlagener Banken. Eine klare Mehrheit der befragten Unternehmen lehnt künftige Bankenrettungspakete ab. Als wesentlicher Grund wird die Aussetzung der Marktmechanismen genannt. 77 Prozent der Befragten geben an, dass die staatliche Bankenunterstützung die ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Krediten nicht fördert. Um den Ursachen der Finanzmarktkrise künftig vorzubeugen, befürworten ca. drei Viertel der Unternehmen eine stärkere Regulierung des Finanzmarktes.

Verschuldung des Staates bereitet Unternehmern zunehmend Sorgen

Die bisherigen Maßnahmen der staatlichen Konjunkturpakete zeigen nach Einschätzung der Unternehmen keine dauerhafte Wirkung. Vielmehr führen sie zu einer weiteren Belastung der öffentlichen Haushalte. Die deutliche Mehrheit der Unternehmen (80 Prozent) zeigt sich besorgt über die steigende Verschuldung des Staates. Eine Erhöhung der Steuern und Abgaben stellt nur für 13 Prozent eine sinnvolle Gegenmaßnahme dar. Zwei Drittel sind jedoch der Ansicht, dass eine Senkung der Ausgaben insbesondere für Verteidigung, Subventionen und Verwaltung eine Lösung darstellt.

Zur Studie

Die Studienergebnisse stehen im Internet unter www.bdo.de als Download zur Verfügung.

Zur Info

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Warentreuhand AG gehört zu den fünf führenden Prüfungs- und Beratungsunternehmen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuern und wirtschaftsrechtliche Beratung sowie Advisory Services. In Deutschland betreut BDO Deutsche Warentreuhand mit rund 2000 Mitarbeitern an 27 Standorten nationale und internationale Unternehmen unterschiedlicher Branchen und Größen - vom Mittelständler bis zum DAX-Unternehmen.

BDO Deutsche Warentreuhand ist Gründungsmitglied von BDO International, der einzigen der fünf weltweit tätigen Accountant-Gruppen mit europäischer Tradition. BDO International ist ein seit 1963 bestehendes Netzwerk von rechtlich selbstständigen, voneinander unabhängigen Gesellschaften mit rund 44.000 Mitarbeitern in 110 Ländern.

Kontakt

Andrea Katzmarczyk
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutschland
Tel: +49 40 - 30293-619
Fax: +49 40 - 30293-388
andrea.katzmarczyk@bdo.de

Wolfram Bartuschka
Leiter Wirtschaftsprüfung
Region Bayern
Tel: +49 89 - 55168 260
Fax: +49 89 - 55168 204
wolfram.bartuschka@bdo.de
